

Ungarn

Heiko Fürst

Fast vier Jahre lang war das politische Leben Ungarns auf die kommenden Parlamentswahlen ausgerichtet. Die bürgerliche Opposition forderte seit 2006 Neuwahlen, erreichte schließlich den Rücktritt des Premierministers Ferenc Gyurcsány und sah sich die letzten zwölf Monate vor dem Wahltag mit einer Regierung unter Gordon Bajnai konfrontiert. Diese war unter dem klaren Diktum angetreten, das Land genau ein Jahr bis zu den Wahlen zu führen, die Reformpolitik fortzusetzen, Ungarn aus der wirtschaftlichen Krise zu holen und nach den Wahlen nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Bereits mit Amtsantritt war ein radikales Krisenprogramm verabschiedet worden. Nach einem langandauernden Einbruch der Industrieproduktion seit 2008 und einem Haushaltsdefizit von knapp 10% zeichneten sich Anfang 2010 Vorboten einer Erholung ab. Im ersten Quartal schrumpfte Ungarns Wirtschaft in absoluten Zahlen erstmals nicht mehr, und das Defizit im Staatshaushalt prognostizierte die EU-Kommission für 2010 auf 4,1%.¹ Bajnais Regierung führte jedoch nicht zu einer Beruhigung des politischen Lebens. Die hochemotionalisierte Stimmung hielt weiterhin an und wurde durch die Aussicht des oppositionellen Fidesz auf einen haushohen Wahlsieg weiter geschürt.

Die Parlamentswahlen: Welche Mehrheit für die Opposition?

Zu den Parlamentswahlen, die am 11. und 25. April in zwei Runden durchgeführt wurden, erreichten sechs Parteien das erforderliche Quorum für eine nationale Wahlliste. Neben den regierenden Sozialisten (MSZP) und der oppositionellen nationalkonservativen Fidesz-KDNP waren dies die rechtsnationalistische Jobbik, das bürgerliche MDF, die neugegründete alternative LMP sowie die Bürgerbewegung. Der liberale SZDSZ, der bislang die Minderheitsregierung gestützt hatte, befand sich seit den verlorenen Europawahlen und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Attila Retkes im Zerfall und trat erstmals nicht als eigenständige Kraft an. Er schloss eine Wahlkooperation mit dem MDF und stellte Kandidaten auf dessen Liste auf.

Während der sozialistische Spitzenkandidat in seinem Wahlprogramm die Politik der bisherigen Regierung fortzusetzen anstrebte, visierte der Fidesz einen umfassenden politischen Umbau an, der zum einen auf eine Umstrukturierung der Wirtschaft zielte und zum anderen eine nationalere Ausrichtung der Politik anstrebte. Ziel war es, den gesamten öffentlichen Dienst zu reformieren und ein unternehmerisches Umfeld zu schaffen, aus dem binnen zehn Jahren eine Million neuer Arbeitsplätze erwachsen. Außerdem sollten Korruption und Verschwendung Einhalt geboten werden, was mit der Forderung einherging, Politiker der MSZP-Regierung strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Nationalpolitisch kündigte der Fidesz an, alle Ungarn im Karpatenbecken vertreten zu wollen und die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen. Der Spitzenkandidat Viktor Orbán, der auf

¹ Angst um Ungarn-Pleite drückt Forint auf 14-Monats-Tief, in: Financial Times Deutschland, 19.07.2010.

ein „neues Zeitalter der Rechten“ spekulierte, kündigte an, hierfür eine höhere Machtkonzentration, gegebenenfalls mittels einer Verfassungsänderung erreichen zu wollen.²

Neben den beiden großen Parteien gingen zwei bislang nicht im Parlament vertretene Kräfte mit aussichtsreichen Startpositionen in die Wahlen: Jobbik und LMP. Die 1999 gegründete rechtsnationalistische Jobbik war bereits 2009 ins Europaparlament eingezogen. Aufsehen erregt hatte die Partei auf nationaler Ebene bislang durch die personale Verquickung mit der 2007 gegründeten und 2008 verbotenen paramilitärischen Ungarischen Garde, die teilweise gewaltsam gegen die Romabevölkerung vorging. Auf europäischer Ebene initiierte Jobbik im Oktober 2009 gemeinsam mit der französischen und belgischen Front National, der italienischen Fiamma Tricolore sowie den schwedischen Nationaldemokraterna die Gründung eines europäischen Bündnisses nationalistischer Bewegungen, dessen Ziel die Formierung einer registrierten europäischen Partei bildete. Dem neuen Bündnis gehörten paradoxerweise nicht sämtliche derjenigen rechten Parteien an, die sich bereits in der vorangegangenen EP-Wahlperiode in der Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität“ vereinigt hatten. Mit den Wahlen 2010 wollte Jobbik neben dem EP auch in das nationale Abgeordnetenhaus einziehen. Programmatische Kernpunkte bildeten der Austritt aus der EU, eine Renationalisierung der Banken, die Einführung einer Miliz gegen „Zigeunerkriminalität“ sowie die „Wiedervereinigung“ aller Ungarn.³ Galt der Einzug der Jobbik ins Parlament als sicher, war dies bei der zweiten neuen Kraft ungewiss. Die „Lehet Más a Politika“ (LMP, Politik kann anders sein) war erst seit Oktober 2009 aktiv und verstand sich als Gegenpol zu allen etablierten Parteien. Aufgrund einer Vielzahl an Korruptionsfällen und undurchsichtiger finanzieller Verstrickungen in den vergangenen Jahren verschrieb sich die LMP in erster Linie Transparenz und Korruptionsbekämpfung. Sie strebte eine Erneuerung der politischen Kultur Ungarns an und galt unter anderem wegen ihrer Ausrichtung auf ein System der Nachhaltigkeit und der Einführung des Emissionshandels bei Energieprojekten als grüne Partei.⁴

Der Fidesz vereinigte bei den Wahlen etwa 52% der Stimmen auf sich. Obwohl er damit kaum mehr Voten erhielt als 2002 und 2006 MSZP und SZDSZ, führte das ungarische Wahlsystem durch die Tatsache, dass er 173 der 176 Direktmandate gewann, zu einer satten Zweidrittelmehrheit im Parlament.⁵ Gemeinsam mit seinem Listenpartner KDNP erhielt er 263 der 386 Mandate. Auf dem zweiten Platz positionierte sich die MSZP mit 59 Sitzen, Jobbik wurde mit 47 Sitzen drittstärkste Kraft. Die LMP zog mit 16 Mandaten als kleinste Fraktion ins Parlament ein. Einen Wahlkreis gewann ein unabhängiger Kandidat.

Der künftige Premierminister Orbán verkündete nach den Wahlen eine „neue Ordnung“, deren Aufbau er nach dieser „Revolution an den Wahlurnen“ als seine „Mission“ sehe.⁶ Aufgrund der Dringlichkeit der Aufgaben strebe er zunächst allerdings keine neue Verfassung an. Er kündigte jedoch bereits an, mit der Zweidrittelmehrheit vier grundlegende Gesetze neu gestalten zu wollen: 1. das Wahlgesetz, 2. das Gesetz über die Selbstverwaltungen, 3. das Mediengesetz und 4. das Staatsbürgerschaftsgesetz.⁷

2 Predigt statt Programm, in: Pester Lloyd, 05.02.2010.

3 Phillips, Leigh: Jobbik, BNP move to form pan-European far-right alliance, in: euobserver, 26.10.2009; Welche Wahl hat Ungarn?, in: Pester Lloyd, 17.03.2010.

4 Az LMP vitára hívna a pártok listavezetőit, in: Népszabadság, 28.03.2010.

5 Lencsés, Károly: Idén a Fidesznek dolgozott a választási rendszer, in: Népszabadság, 27.04.2010.

6 Elszámoltatás és a haza megmentése, in: Népszabadság, 05.05.2010; Orbán: ez forradalmi Országgyűlés lesz, in: Népszabadság, 06.05.2010.

Griff über die Grenzen: Mehr ungarische Bürger

In den ersten Monaten nach den Wahlen wurde eine Flut von Gesetzen verabschiedet. Bereits am ersten Sitzungstag wurde das Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft ins Parlament eingebracht, das Angehörigen der im Ausland lebenden ungarischen Minderheit das Recht auf einen ungarischen Pass gewährte. Die Staatsbürgerschaft solle erhalten, wer ungarischer Abstammung sei, zu einem erforderlichen Grad Ungarisch spreche, straffrei sei und die innere und nationale Sicherheit Ungarns nicht gefährde. Regierungsvertreter betonten, das Gesetz folge dem rumänischen Vorbild, nach dem vorwiegend moldauische Staatsbürger den rumänischen Pass beantragen können. Strittig blieb das aus dem neuen Pass abgeleitete Wahlrecht. Hatte Außenminister János Martonyi betont, das Wahlrecht bleibe Bürgern vorbehalten, die innerhalb der Grenzen Ungarns lebten, erklärte der KDNP-Vorsitzende Zsolt Semjén, es gebe keine Staatsbürgerschaft erster und zweiter Klasse, das Wahlrecht werde aber nicht im Staatsbürgerschaftsgesetz, sondern im Wahlgesetz geregelt.⁸ Bereits Ende 2009 hatte der Fidesz eine Gesetzesvorlage eingereicht, die Magyaren im Ausland das Wahlrecht eingeräumt hätte. Ende Mai verabschiedete das ungarische Parlament das Staatsbürgerschaftsgesetz mit fraktionsübergreifender Mehrheit. Das Gesetz löste Proteste bei den slowakischen Nachbarn aus, mit denen zu verhandeln Viktor Orbán vor den dort bevorstehenden Wahlen abgelehnt hatte. Die slowakische Regierung kündigte umgehend einen Gang vor die OSZE, europäische Gerichte und die UNO an. Außerdem novellierte sie ihr Staatsbürgerschaftsgesetz. Jeder Slowake verliert demnach seine Staatsbürgerschaft, sobald er aus freien Stücken eine andere beantragt.⁹ Kommissionspräsident Barroso bat Orbán Anfang Juni, die Sache mit den europäischen Partnern und der Slowakei in einem europäischen Geist zu diskutieren.¹⁰

Alle Medien in einer Hand

Das angestrebte neue Mediengesetz sah vor, zwei neue zentrale Organe zu schaffen. In einer nationalen Medien- und Telekommunikationsbehörde, deren Präsident durch den Ministerpräsidenten ernannt wird, sollten zentrale Nachrichten- und Fernsehstationen sowie die Nachrichtenagentur MTI zusammengeführt werden. Sämtliche Medien würden durch einen neu zu schaffenden Medienrat lizenziert. Dessen Präsident wiederum werde durch das Parlament gewählt, wobei eine Personalunion der Präsidentschaft beider Gremien möglich ist. Des Weiteren sollte in die Verfassung ein neuer Medienartikel eingefügt werden, der die Inhalte der öffentlich-rechtlichen „Anstalten“ auf bestimmte Werte wie Familie und Heimat festschreibt. Gleichzeitig ist vorgesehen, Strafen für „falsche Berichte“ zu erhöhen und auch auf das Internet auszudehnen.¹¹ Die OSZE-Beauftragte für Pressefreiheit appellierte, die Gesetzesvorlage zu stoppen, da die Gefahr bestehe, dass die Regierung die Medien kontrolliere. Dennoch verabschiedete das Parlament Teile des Gesetzes.¹² Die Verabschiedung der restlichen Teile wird nach Amtsantritt des neuen

7 Négy kétharmados törvényt módosítana a Fidesz, in: Népszabadság, 19.04.2010.

8 Kettős állampolgárság: csak szavazati jog nélkül?, in: Népszava, 19.04.2010; A kettős állampolgársággal kezdik, in: Népszabadság Online, 08.05.2010.

9 Eiszeit an der Donau, in: Pester Lloyd, 26.05.2010.

10 Rettman, Andrew: Wobbly Hungary tasked with rebuilding trust in EU, in: euobserver, 03.06.2010.

11 Gesetzesflut zur Sommerpause, in: Pester Lloyd, 26.07.2010

12 OSCE media freedom representative calls on Hungarian Government to halt media legislation package, start public consultations, <http://www.osce.org/item/44817.html>.

Fidesz-Staatspräsidenten Anfang August erwartet, da das amtierende Staatsoberhaupt László Sólyom als Verfassungsrichter in der ersten Regierungszeit des Fidesz ein ähnliches Gesetzesvorhaben zu Fall gebracht und bereits angekündigt hatte, auch das neue Gesetz an das Verfassungsgericht zu überweisen.

Die Organisation des Staates

Ein zentrales Anliegen der neuen Regierung war, die öffentliche Verwaltung effizienter zu gestalten. Die hierauf abzielenden Vorhaben untergliedern sich erstens in Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und zweitens in solche zur personalen Verschlankung der Verwaltungsstruktur. (1) Der Korruptionsbekämpfung sollten zwei neugeschaffene Posten dienen. Zum einen ein eigens hierfür eingesetzter Regierungskommissar, der Maßnahmen der Vorgängerregierung kritisch überprüft und gegebenenfalls verantwortliche Personen zur Rechenschaft zieht.¹³ Dieses Vorhaben wurde unterstützt durch die Verabschiedung einer „Erklärung zur nationalen Zusammenarbeit“, die per Verordnung in allen öffentlichen Gebäuden gut sichtbar aufzuhängen ist. Die Erklärung solle signalisieren, dass mit den Wahlen ein neuer Gesellschaftsvertrag geschlossen worden sei, auf dessen Basis ein neues System nationaler Zusammenarbeit begründet werde.¹⁴ Darüber hinaus schuf die Regierung beim Rechnungshof eine durch Ministerpräsident Orbán persönlich besetzte Stelle eines Kommissars für die Budgetaufsicht. Ihm obliegt die Sorge dafür, dass öffentliche Gelder transparent und nachvollziehbar ausgegeben werden. Kritiker befürchten allerdings, die neu geschaffenen Stellen dienen eher zur Abrechnung mit der MSZP-Regierung und zur Einführung eines Parteistaatsanwaltes.¹⁵ (2) Weitere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der Verwaltung zielten auf die Reduzierung von Personal. Bereits bei der Regierungsbildung wurde die Anzahl der Ministerien von elf auf acht reduziert. Auch die Anzahl der Komitee sollte um die Hälfte vermindert werden. Außerdem ist eine Reduzierung der Parlamentsmandate auf maximal 200 Abgeordnete vorgesehen. Bis zu 13 Mandate davon sollten Angehörigen der nationalen Minderheiten vorbehalten sein. Dies entspricht genau der Anzahl anerkannter Minderheiten in Ungarn, deren parlamentarische Vertretung bislang – trotz eines seit 1993 bestehenden Minderheitengesetzes – nicht geregelt ist. Die Verringerung der Parlamentsmandate stieß allerdings auf Widerstand der Opposition, die kritisierte, der Novellierung nicht zustimmen zu können, solange kein Entwurf des neuen Wahlgesetzes vorliege, nach dem die Mandate vergeben werden. Das neue Wahlgesetz ist ebenso wie die Reform bzw. Neuschaffung der Verfassung als längerfristiges Ziel angestrebt. Hiermit wurde ein paritätisch besetzter Unterausschuss im Verfassungsausschuss des Parlaments beauftragt.

Der Fidesz betreibt auch seine Wirtschaftspolitik unter nationalen Vorzeichen. Neben einer Reihe von Maßnahmen wie der Einführung eines Einheitssteuersatzes von 16% versuchte er vor allem, mehr Spielraum beim IWF zu erwirken, dessen Schuldner Ungarn seit 2008 ist. Die bestehende Kredittranche läuft im Oktober 2010 aus. Gespräche mit dem IWF wurden im Juli ergebnislos abgebrochen.

Weiterführende Literatur

Bachmann, Karin: Seismograph Ungarn. Die Rechte, die Wahlen und die Folgen, in: Osteuropa, 6/2010, S. 13-18.

13 Csuhaj, Ildikó: Fidesz-elszámoltatás: 10+1 és „folyt. köv.“, in: Népszabadság, 27.03.2010.

14 A közintézményekben ki kell függeszteni a nemzeti együttműködés nyilatkozatát, in: HVG, 03.07.2010.

15 Ungarn auf dem Weg in die Autokratie, in: Pester Lloyd, 22.06.2010.